

Inhaltsübersicht

Vorwort zur zweiten Auflage	III
Abkürzungen	V
1. Kapitel	
Grundlagen	
1. Einführung	1
2. Die gesetzliche Neuregelung	2
3. Sonderstatus des Bundesverfassungsgerichts	4
2. Kapitel	
Geschichte der Präsidialverfassung	
3. Kapitel	
Die Zusammensetzung des Präsidiums	
1. Drei Arten von Präsidien	19
a) Das große Präsidium	19
b) Das kleine Präsidium	20
c) Das gesetzlich zusammengesetzte Präsidium	22
2. Ausnahmen von dem Grundsatz des § 21 a Abs. 1 GVG	23
a) Einmannamtsgericht	23
b) Arbeits- und Landesarbeitsgericht	23
3. Neu- und Umbildung der Präsidien	25
4. Das Geschäftsjahr	28
5. Wechsel eines Mitgliedes im Präsidium	29
a) Wechsel infolge Ausscheidens und Ernennung	29
b) Wechsel infolge Abordnung und aus anderen Gründen	31
6. Mitgliedschaft ohne Stimmrecht	36
4. Kapitel	
Die Wahl des Präsidiums	
1. Allgemeines	40
2. Wahlberechtigung	41
3. Wählbarkeit	45
4. Wahlgrundsätze	46
a) Unmittelbare und geheime Wahl	46
b) Mehrheitswahl und Wahlempfehlung	47
c) Auslosung und periodische Wahl	47
d) Wahlpflicht und Amtspflicht	48
e) Richteröffentlichkeit	50

5. Das Wahlverfahren nach der Wahlordnung	51
a) Der Wahlvorstand	51
b) Vorbereitung der Wahl	53
c) Ausübung des Wahlrechts	57
d) Briefwahl	58
e) Feststellung des Wahlergebnisses	60
6. Wahlanfechtung	61

5. Kapitel

Die Aufgaben und Befugnisse des Präsidiums

1. Bedeutung und Funktionen des Präsidiums	69
2. Pflichten und Aufgaben der Präsidiumsmitglieder	71
3. Grundsätze für die Geschäftsverteilung	72
a) Allzuständigkeit des Präsidiums	72
b) Die Grundsätze der Stetigkeit und der Gesetzlichkeit	75
4. Die Aufgaben und Befugnisse im einzelnen	78
a) Allgemeines	78
b) Geschäftsverteilung auf Dauer und vor Beginn des Geschäftsjahres	79
c) Verteilung der Richter und präsidiales Ermessen	80
d) Bestellung besonderer Richter für das Strafverfahren	85
e) Die Regelung der Vertretung	87
aa) Die Vertretung des Vorsitzenden Richters	89
bb) Die Vertretung der weiteren Spruchkörpermitglieder	90
cc) Die Vertretung der übrigen Richter	91
dd) Sonderregelung für die Vertretung bei den Amtsgerichten	91
f) Die Geschäftsverteilung im eigentlichen Sinne	94
g) Die Anordnungsbefugnis nach § 21e Abs. 4	95

6. Kapitel

Verhinderung und Vertretung

1. Abgrenzung zwischen vorübergehender und dauernder Verhinderung	97
2. Die Feststellung der Verhinderung	102
3. Regelmäßiger und zeitweiliger Vertreter	105
4. Der Vertretungsrichter im eigentlichen Sinne	109
5. Die Vertretung nach § 21h GVG	111
a) Der Anwendungsbereich des § 21h	111
b) Der ständige Vertreter und das allgemeine Dienstalter	118
c) Die Verhinderung und ihre Feststellung	116

7. Kapitel

Die ordnungsgemäße Besetzung und Bildung der Spruchkörper

1. Die ordnungsgemäße Besetzung	117
a) Problemstellung	117
b) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	118
c) Eigene Stellungnahme	120
2. Der richtunggebende Einfluß des Spruchkörpervorsitzenden	122
3. Die Bildung der Spruchkörper	128

8. Kapitel

Die Änderung der Geschäftsverteilung im Laufe des Geschäftsjahres

1. Allgemeines	182
2. Überlastung oder ungenügende Auslastung	183
3. Wechsel einzelner Richter	185
4. Dauernde Verhinderung einzelner Richter	187

9. Kapitel

Besonderheiten im Recht der Präsidialverfassung

1. Der Hilfsspruchkörper	141
2. Der Ferienspruchkörper	143
3. Der Bereitschaftsdienst	143
4. Die auswärtige Strafkammer	145
5. Die Jugendgerichte	146
6. Das Schwurgericht	147
7. Das Wiederaufnahmegericht	150

10. Kapitel

Das Verfahren des Präsidiums

1. Einführung	152
2. Die Einberufung des Präsidiums	153
3. Beratung und Richteranhörung	155
4. Die Beschlußfassung	160
a) Die Beschlußfassung in der Sitzung	160
b) Die Beschlußfassung im Umlaufverfahren	164
5. Protokollierung und Offenlegung der Präsidialbeschlüsse	165
6. Die Ersatzanordnung nach § 21i Abs. 2	168
7. Richteröffentlichkeit und Geschäftsordnung	171
a) Richteröffentlichkeit	171
b) Geschäftsordnung	172
8. Entwurf einer Geschäftsordnung	175

11. Kapitel

Die Geschäftsverteilung innerhalb des Spruchkörpers

1. Zur Geschichte und Problematik des § 21g Abs. 2	179
2. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	181
3. Der Anwendungsbereich des § 21g Abs. 2 nach herrschender Auffassung	183
4. Eigene Stellungnahme	184
5. Grundsätze für die Geschäftsverteilung	187
6. Mustergeschäftsverteilungsplan	190

12. K a p i t e l

Der Geschäftsverteilungsplan und seine Rechtsnatur

1. Der Geschäftsverteilungsplan als Rechtsnorm	194
2. Die Geschäftsverteilung als verwaltende Tätigkeit	198
a) Ausgangssituation	199
b) Der Interessenbereich der Rechtsuchenden	199
c) Der Interessenbereich der Richter	200
d) Zusammenfassung und Ergebnis	204
3. Der Geschäftsverteilungsplan nach § 21g	205
4. Der Geschäftsverteilungsplan als Organisationsakt	206
5. Formen und Grundsätze für die Aufstellung eines Geschäftsverteilungsplanes	207
a) Prinzipien für die Geschäftsverteilung im eigentlichen Sinn	207
b) Formeller Aufbau und Inhalt des Geschäftsverteilungsplanes	209

13. K a p i t e l

Justizgewährung, Justizverweigerung, Mitbestimmung

1. Justizgewährung	212
2. Justizverweigerung	213
a) Meinungswiderstreit	213
b) Die Bedeutung und der Anwendungsbereich des § 70 Abs. 1 GVG	215
c) Der Pflichtenwiderstreit des Präsidiums	216
3. Mitbestimmung	218
a) Richterpensum und Pensenschlüssel	218
b) Richterpensum und Präsidium	219
c) Feststellung des Richterbedarfs und Antragstellung durch das Präsidium	220
d) Die Berücksichtigung des Antrags nach § 70 Abs. 1 im Geschäftsverteilungsplan	222
4. Das Mitspracherecht nach § 21e Abs. 6	224

14. K a p i t e l

Die Beiordnung von Hilfsrichtern

1. Problemstellung	226
2. Gesetzliche Schranken für die Beiordnung von Hilfsrichtern	228
3. Die gesetzlichen Grundlagen der Beiordnung	232
4. Von der Rechtsprechung gezogene Schranken für die Verwendung von Hilfsrichtern	235
a) Die Beiordnung zur Vertretung	235
b) Die Beiordnung zur Aufarbeitung eines zeitweiligen außergewöhnlichen Arbeitsanfalles	238
c) Die Beiordnung zur Fortbildung und Erprobung	239
d) Bemessungsgrundlage für die Verwendung von Hilfsrichtern	241
5. „Drittes Staatsexamen“	243
6. Ergebnis	246

15. K a p i t e l

Revision und Verfassungsbeschwerde

1. Allgemeine und verfahrensrechtliche Vorfragen	249
a) Berufung	249
b) Verfassungsbeschwerde	251
c) Das Rechtsmittel der Revision	252
2. Die Rechtsprechung des BGH und des Bundesverfassungsgerichts	253
3. Eigene Stellungnahme	255
4. Fehler bei der Geschäftsverteilung	258
a) Fehler in der Zusammensetzung des Präsidiums	259
b) Fehler bei der Aufstellung des Geschäftsverteilungsplanes	260
aa) Verfahrensfehler	260
bb) Fehler bei der Änderung der Geschäftsverteilung	262
c) Inhaltliche Fehler des Geschäftsverteilungsplanes	264
d) Fehlerhaftes Abweichen von Geschäftsverteilungsnormen	265
e) Fehler bei der Geschäftsverteilung nach § 21g	266
5. Abgrenzung zwischen Revision und Verfassungsbeschwerde	267
 Literaturverzeichnis	271
Sachverzeichnis	273